

Blockupy 2013

Attac-Rundbrief 3/13

2012 hatte Blockupy es zwar geschafft, in Europa als widersprechende Stimme aus Deutschland gehört zu werden. Im Inland aber war lediglich ein leises Raunen zu hören gewesen, das die Demokratie und das Demonstrationsrecht doch bitte ein wenig ernster genommen werden sollten. Krise? Welche Krise? Und soziale Folgen? Für wen denn? Diese damals noch scheinbar schlüssigen Fragen stimmen 2013 nicht mehr.

Schon seit einigen Wochen gab es immer mal wieder Meldungen, dass in Portugal die Jugendarbeitslosigkeit dramatisch ist, in Spanien die Wohnungssituation, in Griechenland das Gesundheitswesen. Blockupy 2013 hat diesen zarten Trend verstärkt. Bereits im Vorfeld der Proteste berichteten viele Zeitungen und auch einige Radiosender inhaltlich über die Folgen der Krisenpolitik. Seit der Pressekonferenz am Montag vor den Aktionen wurde in mehreren Medien zitiert, dass die Austeritätspolitik tötet. Die Internetauftritte auch großer Medien waren inhaltlich gut aufgestellt, das Fernsehen zierte sich zwar, aber selbst in der Bildzeitung war die Rede von den dramatischen Folgen dieser Politik für die Menschen in Südeuropa.

Der aberwitzige Auftritt der Polizei bei der Demonstration am 1.6. hatte offensichtlich auch den Zweck, den inhaltlichen Streit um die Krisenpolitik hinter einer Gewaltberichterstattung unsichtbar zu machen. Dass dies misslungen ist, ist vor allem der Disziplin aller Teilnehmenden zu verdanken, die den Aktionskonsens in beide Richtungen hin konsequent verteidigten: Wir bleiben bei den zwischen uns abgesprochenen Aktionsformen und wir bleiben alle zusammen. Damit kann die Auseinandersetzung um das autoritäre Krisenmanagement von EU und Bundesregierung auch in der deutschen Öffentlichkeit weitergehen.

Aber die Frage der Demokratie ist damit nicht erledigt. Zwar verteidigen diesmal alle politischen Kräfte links von CDU/FDP Blockupy. Das ist begrüßenswert, aber erst die halbe Miete. Es geht nicht nur darum, dass demokratische Kräfte nicht schweigen, wenn das Versammlungsrecht offensiv kaputtgemacht wird. Es wäre nötig, dass sich möglichst viel von ihnen an der inhaltlichen Kritik der autoritären Krisenpolitik allgemein und an Blockupy konkret beteiligen. Da fehlt noch viel. SPD und Grüne haben im Bund wesentliche Maßnahmen der Merkel-Regierung mitgetragen. In Hessen verweigert die SPD im Landtag die Einsetzung des überfälligen Untersuchungsausschusses und die Grünen regieren in Frankfurt zusammen mit der CDU, ohne deren Ordnungsdezernenten anzugreifen, der schon zum zweiten Mal zeigt, dass ihm das Demonstrationsrecht aber auch gar nichts bedeutet.

Mag sich jemand vorstellen, was wir erwarten müssten, wenn der Widerstand so breit und groß wäre wie in der Türkei?